Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1346

15. 12. 77

Sachgebiet 22

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Dr. Köhler (Wolfsburg), Dr. Hornhues, Klein (München), Frau Benedix, Daweke, Frau Krone-Appuhn, Dr. Pfennig, Dr. Müller, Rühe, Schmidt (Wuppertal), Frau Dr. Wilms, Frau Dr. Wisniewski und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/1127 –

Situation der deutschen Schulen im Ausland

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt – 011 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 6. Dezember 1977 die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Treffen Presseberichte zu, wonach allein bis Mitte dieses Jahres hundert Stellen für deutsche Lehrer im Ausland gestrichen worden sind, obwohl beispielsweise allein die deutschen Schüler an diesen Schulen in den Jahren 1974 und 1975 um jeweils mehr als 15 v. H. zugenommen haben, und mit welchen sachlichen Erwägungen begründet die Bundesregierung diese Stellenstreichungen?

2. Hat die Bundesregierung die Absicht, den Abbau der Lehr- und Lernkapazitäten an den deutschen Schulen im Ausland weiter fortzusetzen?

3. Ist der Bundesregierung bekannt, daß an vielen Orten die deutschen Schulen inzwischen auf Grund des Andrangs „Wartelisten" für angemeldete Schüler eingerichtet haben, was naturgemäß zu Unruhe und Mißstimmung in Kreisen der betroffenen Eltern geführt hat? Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

4. Wie viele ausländische Kinder, die Interesse an der Aufnahme in eine deutsche Schule im Ausland gehabt haben, sind in den Jahren 1972, 1973, 1974, 1975 und 1976 nicht in eine deutsche Schule aufgenommen worden, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß immer mehr ausländische Kinder abgewiesen werden müssen?

5. Treffen Presseberichte zu, wonach neuerrichtete deutsche Schulen im Ausland grundsätzlich nicht mehr auf die Förderung durch die Bundesregierung rechnen können?

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

6. Wie beurteilt die Bundesregierung Erwägungen, die der frühere Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes in einem unter dem Thema „Deutsche Auslandsschulen – für wen, wozu?" in der Zeitschrift „Pädagogik und Schule in Ost und West" veröffentlicht hat, wonach Auslandsschulen des traditionellen Typs überlebt haben könnten und man nicht mehr ausschließen könne, daß deutsche Schulen im Ausland nur noch dort aufrecht erhalten werden könnten, wo sie für geschlossen lebende deutsche Gruppen notwendig seien, während sie an allen anderen Orten durch einzelne deutsche Lehrerstellen oder Lektorate ersetzt werden könnten?

   Gehen die Personaleinsparungen im Auslandsschulwesen auf solche Erwägungen zurück, oder welche anderen Erwägungen waren dafür maßgebend? Von welchen Erwägungen wird die Bundesregierung bei der Förderung des Auslandsschulwesens in den kommenden Jahren ausgehen, und welche konkreten finanziellen Folgerungen wird sie im kommenden Bundeshaushalt und in der kommenden mittelfristigen Finanzplanung daraus ziehen?

I.

Wie die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zu dem vom Deutschen Bundestag einstimmig zur Kenntnis genommenen Bericht der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik" festgestellt hat, stimmt sie mit den dort formulierten Grundsätzen und Zielen der auswärtigen Kulturpolitik weitgehend überein. Danach gehört die Förderung des Auslandsschulwesens nicht nur zu den ältesten, sondern nach wie vor zu den unverzichtbaren Aufgaben deutscher Kulturarbeit im Ausland. Die Bundesregierung muß daher der in der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU ausgesprochenen Feststellung widersprechen, die Bundesregierung habe die Mittel für die auswärtige Kulturpolitik drastisch gekürzt, wovon die von ihr geförderten deutschen Schulen im Ausland besonders betroffen sein sollen. Die Ausgaben für die auswärtige Kulturpolitik und nicht zuletzt für den Schulbereich haben sich vielmehr in den letzten zehn Jahren ständig erhöht.

Die Ist-Ausgaben des Schulfonds des Auswärtigen Amts beliefen sich im Jahre 1967 auf 68,4 Mio DM. Sie erhöhten sich überdurchschnittlich bis zum laufenden Haushaltsjahr, in dem 189 Mio DM im Schulfonds veranschlagt wurden. Die gesamte Steigerung belief sich in diesem Zeitraum auf rund 180 v. H. Mit dem Ansatz im Schulfonds für 1977 werden 40 v. H. der gesamten Mittel des Kulturhaushalts des Auswärtigen Amts in Anspruch genommen. Die erheblichen Steigerungsraten gerade in den letzten Jahren beruhen zu einem großen Teil auf tariflichen Verbesserungen und auf der Angleichung der Vergütungen für die vermittelten Lehrer an die Auslandsdienstbezüge der Bundesbediensteten. Durch diese Entwicklung bei den Personalkosten war es unumgänglich, die bereits Anfang der 70er Jahre begonnene Umstrukturierung der von der Bundesregierung geförderten deutschen Schulen im Ausland beschleunigt fortzusetzen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, wie auch der Bericht der Enquete-Kommission hervorgehoben hat, den Umfang der amtlichen Förderung von der kulturpolitischen Wirksamkeit der Auslandsschulen abhängig zu machen. Von einer Verschlechterung der Lern- und Lehrbedingungen an den geförderten Auslandsschulen, die angeblich schwerer mit den Bildungsangeboten anderer Länder Schritt halten, kann keine Rede sein. Nach

wie vor genießen die von der Bundesrepublik Deutschland geförderten Schulen einen sehr guten Ruf und gehören in aller Regel zu den besten Schulen am Ort. Eine die Wirksamkeit der Förderungsmaßnahmen insgesamt verbessernde Konzentration auf Schwerpunkte setzt bei begrenzten Haushaltsmitteln allerdings auch eine Verminderung des Engagements an solchen Schulen voraus, deren Bedeutung für die deutsche auswärtige Kulturpolitik und insbesondere für die Förderung der deutschen Sprache geringer einzuschätzen ist.

II.

Die Bundesregierung beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

1. Die Zahl der über die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen vermittelten Lehrkräfte ist in den letzten drei Jahren seit November 1974 um 112, d. h. um insgesamt 7,9 v. H. oder durchschnittlich um 2,6 v. H. pro Jahr auf 1305 reduziert worden. Die Kürzung wurde vor allem durch außerordentlich stark ansteigende Personalkosten verursacht. Die durchschnittlichen Kosten pro Lehrer haben sich in dem genannten Zeitraum von 1974 bis 1977 um insgesamt 43 v. H. erhöht; sie betragen z. Z. jährlich ca. 110 000 DM.

   Die personelle Förderung wurde jedoch im wesentlichen nur dort eingeschränkt, wo es nach allgemeinen pädagogischen und kulturpolitischen Erwägungen zweckmäßig erschien, der Landessprache im Unterricht größeres Gewicht zu geben. Die abgezogenen vermittelten deutschen Lehrer werden durch geeignete Ortskräfte ersetzt. Die dadurch für die Schulen entstehenden Personalkosten werden über die Schulbeihilfe von der Bundesregierung übernommen.

2. Die Lehr- und Lernkapazitäten für deutsche Schüler im Ausland wurden in den vergangenen Jahren erheblich erweitert. Allein in den letzten zwölf Monaten wurden hierfür 24 Planstellen zusätzlich eingerichtet, obwohl die Zahl der insgesamt im Ausland eingesetzten Lehrer zurückgegangen ist. Der Umfang der Förderungsmaßnahmen für Schulen, die als sog. Expertenschulen der schulischen Versorgung deutscher Kinder dienen, hat sich insgesamt seit 1972 verdoppelt.

   Auch an den leistungsfähigsten Begegnungsschulen, so jedenfalls an den großen Schulen in Hauptstädten, wurde die Förderung in der Regel nicht reduziert. Dies konnte durch Konzentration der Förderungsmaßnahmen auf Schwerpunkte erreicht werden.

   Diese Politik wird fortgesetzt werden, weil es nur auf diese Weise möglich ist, die verfügbaren Haushaltsmittel optimal zu nutzen, d. h. in einer möglichst günstigen Relation zwischen dem Effekt für das öffentliche deutsche Interesse und dem Aufwand aus Haushaltsmitteln.

3. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung vom 7. Dezember 1977 ein Sonderprogramm gebilligt, mit dessen Hilfe die Bundesregierung beabsichtigt, ab 1978/1979 zunächst bis zu 50 noch nicht beamtete junge Fachlehrer an die deutschen Schulen im Ausland zu vermitteln. Diese Lehrer sollen von den Schulträgern mit Zweijahresverträgen angestellt und grundsätzlich wie Ortskräfte behandelt werden. Die Bundesregierung wird den Schulen jedoch zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, damit die An- und Abreise der Lehrer übernommen und ein gewisser Aufschlag auf die Ortskräftegehälter gezahlt werden können. Dadurch werden diese Lehrer etwa den Status einer „integrierten Fachkraft" haben.

   Die Bundesregierung bereitet die Durchführung des Programms gemeinsam mit den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland vor. Sie kommt damit den Wünschen einer Reihe von Schulen nach zusätzlicher Versorgung mit Lehrern aus der Bundesrepublik Deutschland entgegen.

4. Die Bundesregierung hat außerdem veranlaßt, daß die Möglichkeiten der Entwicklung eines Fernlehrwerks für die Klassenstufen eins bis zehn mit einer anerkannten Prüfung als Abschluß untersucht werden. Hiermit soll auch den Kindern Hilfestellung gewährt werden, deren Eltern vorübergehend an Orten ohne eine deutsche oder überhaupt ohne eine angemessene Schulausbildung wohnhaft sind.

   Bisher gibt es in der Bundesrepublik Deutschland noch kein derartiges auf den Schulunterricht abgestelltes Werk. Es sind daher umfangreiche Vorarbeiten zu leisten, so daß die weitere Erarbeitung eines solchen Werkes geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.

5. Die früher an einigen Auslandsschulen für deutsche Kinder bestehenden Wartelisten wurden nach den vorliegenden Unterlagen bis auf die Deutsche Schule London inzwischen wieder abgeschafft. In London gibt es gegenwärtig 25 bis 28 Kinder auf der Warteliste. Im Schuljahr 1978/1979 dürfte sich die Situation auch dort entspannen.

6. Die Zahl der abgewiesenen ausländischen Kinder ist nicht zu ermitteln, weil die geförderten deutschen Schulen im Ausland unabhängige, private Institutionen nach dem Recht des Sitzlandes sind; sie sind in der Gestaltung des Aufnahmeverfahrens weitgehend autonom.

   Es ist bekannt, daß die Anziehungskraft vieler deutscher Schulen im Ausland sehr groß ist; sie könnten oft ein Vielfaches der gegenwärtigen ausländischen Schülerzahl aufnehmen. Einer Ausweitung der Kapazität sind jedoch durch den vom Deutschen Bundestag beschlossenen Haushaltsplan Grenzen gesetzt.

7. In der Tat haben es die rapide ansteigenden Personalkosten und die schnell wachsende Zahl besonders der deutschen

Schüler erforderlich gemacht, strengere Maßstäbe an die Bedingungen für eine Aufnahme der Schulen in die staatliche Förderung zu legen. Dennoch wurden in jüngster Zeit neue Deutsche Schulen in Genf, Djiddah, Kuweit und Algier in das Förderungsprogramm einbezogen.

8. Bei dem vom früheren Leiter der Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, Hans Arnold, verfaßten Artikel „Deutsche Auslandsschulen für wen, wozu?" in der Zeitschrift „Pädagogik und Schule in Ost und West" handelt es sich, wie dort ausdrücklich vermerkt, um eine persönliche Meinungsäußerung.

9. Über die Weiterentwicklung des Auslandsschulwesens, vor allem, was seine schulpolitischen und außenpolitischen Aufgaben, die Zahl und Standorte der Schulen und ihre ökonomisch vertretbare Finanzierung betrifft, wird die von der Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum Enquete-Bericht „Auswärtige Kulturpolitik" in Aussicht gestellte Gesamtplanung Aufschluß geben, die dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden wird.